

Land fordert Geld für Hafenanbindung

BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN: Liste zeigt Ausbauwünsche bei Schienen und Wegen - Minister Lies appelliert an Bund - Oberste Priorität hat der Ausbau der Strecke zum Jade-Weser-Port. Auch die Y-Trasse steht noch auf der Liste.

VON MARCO SENG, BÜRO HANNOVER

Der Ausbau der Hafenanbindung hat bei den Verkehrsplanungen der rot-grünen Landesregierung Priorität. In der Wunschliste für Schienenwege und Wasserstraßen, die SPD-Wirtschaftsminister Olaf Lies (Sande) jetzt nach Berlin geschickt hat, finden sich viele Projekte im Nordwesten.

Die Anmeldung der Straßen für den neuen Bundesverkehrswegeplan, der ab 2015 gilt, soll laut Ministerium im Sommer erfolgen. Weil die Bundesmittel begrenzt sind, kann am Ende nur ein Teil der niedersächsischen Projekte berücksichtigt werden. Ganz oben auf der Wunschliste steht der Ausbau der Schienenstrecke zwischen Oldenburg und Wilhelmshaven. Die Gesamtkosten inklusive Elektrifizierung werden auf eine halbe Milliarde Euro geschätzt. Lies forderte den Bund auf, die Finanzierung sicherzustellen. Der Ausbau sei zur Anbindung des Jade-Weser-Ports notwendig.

Auf der Liste steht auch noch die Y-Trasse. Für die umstrittene Bahnverbindung zwischen Hamburg, Hannover und Bremen ist zumindest eine Teilplanung vorgesehen. Laut Ministerium prüft die Bahn derzeit allerdings Alternativen zu der Hochgeschwindigkeitstrasse.

Bei den Schienenstrecken stehen der Ausbau zwischen Oldenburg und Leer, zwischen Emden und Norddeich sowie zwischen Oldenburg und Osnabrück auf der Liste. Bei der Bahnumfahrung Oldenburg ist von einem „optionalen Bedarf“ die Rede, der sich auf den weiteren Ausbau des Jade-Weser-Ports bezieht.

Bei den Wasserwegen sind die Vertiefung der Unterweser zwischen Nordenham und Bremen sowie der Außenems dabei. Ebenfalls auf der Liste steht der Küstenkanal.

Lies forderte von der Bundesregierung mehr finanzielle Unterstützung für den Norden. „Der Bund muss sich bewusst sein, dass der Ausbau der Hafenhinterlandanbindung eine gesamtdeutsche Aufgabe ist - das gilt für alle drei Verkehrsträger“, sagte er dieser Zeitung.